



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XVII/87 - 19. April 1962

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31 - 33
Fernschreiber 0 886 800

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	<u>Wie stehen die Amerikaner zu uns?</u> Eindrücke von einer Informationsreise Von Jakob Altmaier, MdB	93
3	<u>Ein neuer Versuch</u> Zu den letzten Abrüstungsvorschlägen der USA	30
4	<u>Verstrickt in Gesetzesmaschen</u> Wirtschaftsprozess gegen ehemaligen Hamburger CDU-Senator	38
5 - 6	<u>Wellenkrieg in Skandinavien</u> Ruhige Dänen diskutieren erregt ihren "Piratensender" Von unserem Korrespondenten in Skandinavien, Adolph Rasten	73
7 - 8	<u>Das Fallbeil</u> Eine Etatberatung, wie sie nicht sein soll Von H.G. Ritzel, MdB Mitglied des Haushaltsausschusses	87

* * * *
* * *

Verantwortlich: Günter Markscheffel

Wie stehen die Amerikaner zu uns ?

Eindrücke von einer Informationsreise

Von Jakob Altmaier, MdB

"Gibt es in den Vereinigten Staaten von Nordamerika eine antidäut-sche Welle?" Seit Wochen geistert diese Frage durch die deutsche Presse. Sie wurde auch Herrn Dr. Erich Mende auf dem Frankfurter Flughafen ge-stellt, als er von "drüben" zurückkam. Strahlend, wie Jung Siegfried, antwortete der Vorsitzende der FDP: "Nein, mir ist während meines Auf-enthaltes in Amerika nichts davon aufgefallen". Also alles in Butter? Genach! Die Frage nach einer antidäut-schen Welle jenseits des Atlantik ist so naiv wie die jeweilige Antwort; naiv wie das Knopf abzählen des Jungen an seiner Jacke: sie liebt mich - sie liebt mich nicht? Schnell noch einen Knopf mehr annähen, und himmelhochjauchzend geht die Rech-nung auf.

"Stichtag" 13. August 1961

So einfach regeln sich nicht die Beziehungen zwischen den Staaten und Völkern. Gewiß, vor vier oder fünf Jahren gab es in den USA eine ehrliche Bewunderung und Hochachtung für die Bundesrepublik und ihre Bewohner. Hut ab, vor dem Fleiß, der Kraft und dem Wiederaufbauwillen der Deutschen. Nirgendwo wären die Marshall-Gelder so gut angelegt, strahlten sie so befruchtend weit über die Grenzen der Bundesrepublik. Sie war in den Augen der Amerikaner ein bewundernswerter und zuverlässiger Schützling. Aus ihm wurde ein dem Gängelband längst entwachsener Verbündeter, der aus eigener Kraft geht und sich bewegt, der selbst eine Macht geworden ist; mit eigenem Motor, eigenen Vorstellungen und Ge-lüsten.

Bis plötzlich der 13. August 1961 kam. Mit der Mauer, die Moskau errichten ließ, fielen die Schleier der Illusionen in Bonn wie bei den westlichen Alliierten. Kriegsfurcht in den USA, Zehntausende von Reserv-isten wurden unter die Fahnen gerufen, höchste Alarmstufe für die ame-rikanischen Truppen in Europa.

Man beobachtet schärfer

Wie es in k e i n e m Volk anders gewesen wäre, so bangten auch jetzt die Mütter und Väter in den USA um ihre Söhne und erschrakten zu-tiefst vor der Gefahr eines Atomkrieges. "Wieder Krieg? Müssen unsere boys in Europa sterben, für wen, für was?" Die Amerikaner begannen sich plötzlich wieder sehr für die Deutschen zu interessieren, und sie fingen an, sie wieder sehr aufmerksam zu betrachten. Gewiß, Berlin, das war Ehrensache, hier war das Prestige ihrer Nation auf dem Spiel. Und den-noch: sterben für die Deutschen? Der Boden war aufgewühlt und empfäng-lich geworden für schlechte Bücher über die deutsche Vergangenheit, für Propaganda jeder Art, für ein Buch von Shirer, das zu einem horrenden Preis in einer Million Exemplare verkauft wurde und immer noch verkauft wird, vor allem von der Intelligenz und den Studenten der Hochschulen. Natürlich wird jedes Hakenkreuz an einer deutschen Wand, jede Friedhofs-schändung, jeder Oberländer und jede nationalistische Hysterie in der Bundesrepublik registriert und gegen Deutschland von der antidäut-schen Propaganda ausgeschlachtet, wobei die ehemaligen deutschen Emigranten, wie es von den offiziellen deutschen Stellen in den USA freudig fest-

gestellt wird, eine ausgezeichnete Stütze für die Bundesrepublik sind und sich nicht an dieser Stimmungsmacherei beteiligen.

Soviel und doch so wenig über die sogenannte antideutsche Welle in Amerika. Das hat zweifellos seinen Einfluß auf die Bevölkerung, jedoch keineswegs auf die Regierung, auf die Verwaltung und auch nicht auf die politische Führung; nicht auf die Männer und Frauen des Parlaments. Die sind weit entfernt in ihren außenpolitischen Betrachtungen und Überlegungen von Haß und Liebe und billigen Milchmädchen-Rechnungen. Sie sind verantwortlich für eine der größten und für die mächtigste Nation der Welt, für ihre Menschen und ihren unermeßlichen Reichtum.

"Wer kommt nach Adenauer?"

Ob in der Regierung oder im Statedepartment, wo ich stundenlange Diskussionen hatte, ob leitende Menschen der Gewerkschaften, ob in privaten Kreisen und Gesellschaften, oder bei einem Rundfunkgespräch, das im Sender New York vor Millionen von Zuhörern stattfand, die erste Frage bei allen war: "Wer kommt nach Adenauer?" Und da diese Amerikaner meist sehr höfliche Menschen sind und den Gast in keine Verlegenheit bringen wollen, hören sie sich alles gut an, aber in dieser Frage schwingt ein Ton mit, der da sagt: Die Aera Dulles-Adenauer ist für uns zu Ende, wann werden wir aus Bonn etwas Neues hören, Vorschläge, Brauchbares zur Lösung des Ost-West-Konfliktes? Wo sind die neuen Männer, wer sind sie? Und diese Menschen fragen offen: Was ist die FDP, wer sind ihre Männer, was ist das Godesberger Programm der SPD, wie kam es dazu, wie steht es mit dem Antisemitismus in Deutschland, was ist mit der deutschen Jugend, was ist mit Herrn Strauß, mit Herrn Schröder? Aus all diesen Fragen ergibt sich eine bis in alle Details gehende Kenntnis der Verhältnisse und Vorgänge in der Bundesrepublik. Den Leuten kann man nichts vormachen. Sie sind fest in der Frage Berlin, und Willy Brandt ist der einzige, der noch Rang und Klang in den USA besitzt.

Auf der Suche nach neuen Wegen

Jedoch, diese Regierung und diese Menschen suchen nach neuen Wegen, nach einem Kompromiß im kalten Krieg und wollen weder die Existenz ihrer eigenen Nation noch die der Menschheit durch einen Atomkrieg auslöschen lassen.

Erweiterung des Atom-Clubs, Atomwaffen in die Verfügungsgewalt oder auch nur dem im "Mitspracherecht", wie es Strauß fordert, das bedeutet für diese Amerikaner die Herrschaft über ihre eigene Politik zu verlieren und von irgendeiner europäischen Nation ins Schlepptau genommen zu werden.

Es gibt heute in den USA weder eine deutsche noch eine antideutsche Welle. Was es dort im Verhältnis zur Bundesrepublik und zum deutschen Volk gibt, sind Zweifel, Unsicherheit, Ungewißheit über die Politik in Bonn, über ihre Leiter und Menschen. Da geistert wieder Rapallo, da ist die "Affaire Kroll", da ist der als Querschnitt empfundene Zwischenfall der USA-Vorschläge über Berlin, da ist die Passivität der Bundesregierung im Ost-West-Konflikt, als sei das nur eine amerikanisch-russische Angelegenheit, kurz und gut: Zweifel, die nur in Bonn und durch Bonn beseitigt werden könnten.

Ein neuer Versuch

Zu den letzten Abrüstungsvorschlägen der USA

sp - Die Dokumente und Protokolle der seit vielen Jahren in Gang befindlichen Verhandlungen über eine Abrüstung füllen viele Bände. Sie sind nun um ein neues, 35 Seiten umfassendes Papier bereichert worden. Es enthält sehr präzise Vorstellungen der Vereinigten Staaten darüber, wie eine wirksame gleichwertige und kontrollierte Abrüstung in Gang gesetzt werden könnte. Alte Vorschläge wurden revidiert und neue Aspekte berücksichtigt. Werden sie den Genfer Gesprächen den belebenden Auftrieb zu geben vermögen? Bohrender Zweifel mischt sich in neu entfachte Hoffnungen.

Die Veröffentlichung des letzten amerikanischen Abrüstungsdokuments erfolgte vor dem Hintergrund fast abgeschlossener Vorbereitungen für die Wiederaufnahme atomarer Testversuche. Die neuen Vorschläge stellen wohl den kühnsten Versuch dar, der Automatik eines verheerenden, die Kräfte aller Völker verzehrenden Wettrüstens in die Räder zu greifen. Die so oft wiederholte Aufforderung Kennedys an die Sowjetunion, einem Mindestmaß an gesicherter Kontrolle zuzustimmen, erfuhr kalte Ablehnung. Wahrscheinlich stellt Moskau die neuen amerikanischen Versuchsexplosionen auf den Weihnachtsinseln im Pazifik schon in seine Rechnung, um nun seinerseits mit noch grösseren Explosionen aufzuwarten. Ein Ende dieser verhängnisvollen Spirale ist nicht abzusehen.

Worauf hofft Moskau? Glauben die Männer des Kreml, einen dauernden Vorsprung vor den Vereinigten Staaten im militärischen Bereich sichern zu können, um dann der Welt den Stempel ihres Willens aufzudrücken?

Die Völker würden sich für die nächsten Wochen und Monate wohl weder an die Atompilze gewöhnen müssen, sofern nicht ein Wunder eintritt. Die amerikanische Regierung hat durch ihre neuen Vorschläge den ernsthaften Willen bekundet, diesem unheimlichen Spiel mit dem Leben und Tod der Nationen ein Ende zu bereiten - nun liegt es an Moskau, schicksalhafte Entscheidungen zu treffen.

Verstrickt in Gesetzesmaschen

hl - Kiel

- Am 16. April begann vor der I. Grossen Strafkammer des Landgerichts in Kiel ein Wirtschaftsprozess, in dessen Mittelpunkt der frühere Hamburger CDU-Senator für Wirtschaft im Sieveking-Senat, der 60-jährige Eisengrosshändler Paul Luigs und dessen beide Söhne stehen. Der damalige CDU-Politiker ist durch den Spezialanwalt für Wirtschaftsdelikte, den Kieler Staatsanwalt Steffen, der Untreue angeklagt worden. Unter dem gleichen Strafvorwurf steht sein ältester Sohn, der 35-jährige Paul Luigs jr., während der jüngere Sohn, der 30 Jahre alte Günther Luigs, der Beihilfe zur Untreue beschuldigt wird.

Die dem damaligen Hamburger Wirtschaftssenator vorgehaltenen Straftaten datieren aus den Jahren 1953 bis 1957. Sie überschneiden sich mit dem politischen Amt, das Luigs als Hamburger Wirtschaftssenator in der Zeit vom März 1954 bis zum Dezember 1957 innehatte. Sein vorzeitiges Ausscheiden wurde damals mit beruflicher Überbelastung begründet. Aber hier beginnt schon die erste Ungereimtheit, denn zu seiner Entlastung hat Luigs angegeben, dass er sich seinerzeit wegen des politischen Amtes der industriellen Betätigung enthielt und die Aufgabe des Industriekaufmanns im wesentlichen an seinen Sohn Paul übertrug.

Luigs und Sohn waren nacheinander Geschäftsführer der Kieler Strickmaschinenfabrik Hertel und Richter, die damals 500 Arbeitnehmer beschäftigte, aber am 1. Juni 1957 in Konkurs ging. Und um die geschäftlichen Manipulationen, welche das Kieler Unternehmen in den Konkurs trieben, geht es jetzt in dem mehrwöchigen Prozess, bei dem 28 Zeugen und zwei Sachverständige erscheinen werden. Luigs und Sohn sollen nämlich als Inhaber des Hamburger Eisenhandelsunternehmens "Luigs & Co. CHG" und Geschäftsführer von Hertel & Richter diesen Unternehmen gegenüber untreu gewesen sein.

Sie sollen nach der Anklageschrift das Kieler Unternehmen in Höhe von rund 220 000 DM geschädigt haben. Sie bestellten für Hertel & Richter beispielsweise Spezialstahl, Rohstoffe und Werkzeugmaschinen für die Herstellung von Strickapparaten zum Listenpreis. Auf diesen Listenpreis aber schlugen sie erhebliche Prozentsätze auf, die Hertel & Richter belasteten und dort nicht herausgewirtschaftet werden konnten. Die entstandenen Gewinne buchten sie für ihre eigene Hamburger Firma. Ferner soll das Unternehmen Luigs an der Vermietung geliehener Maschinen zu Unrecht verdient haben, weil die Miete später auf den Kaufpreis nicht angerechnet wurde.

+ + +

Wellenkrieg in Skandinavien

Von unserem Korrespondenten in Skandinavien,
Adolph Rasten

In Dänemark ist etwas in "Unordnung" geraten. Zum ersten Mal spricht man davon, dass es vielleicht notwendig und nützlich sein könnte, der staatlichen Rundfunkanstalt eine Konkurrenz in Form einer privaten, kommerziellen Rundfunkgesellschaft zu geben. Solche Töne waren bisher verpönt. Das staatliche und politisch kontrollierte Rundfunkmonopol (der vom Parlament ernannte Rundfunkrat und Programmausschuss haben die gesamte Programmgestaltung fest in ihren Händen) galt als unantastbar. Nun wurde plötzlich vom Folketing ein Ausschuss eingesetzt, der sich mit der oben erwähnten, fast revolutionären Reform beschäftigen soll. Und noch mehr: ein zweiter Ausschuss soll sich darüber Gedanken machen, ob man vielleicht den erstaunlichen Schritt unternehmen dürfte, Werbungen im offiziellen dänischen Monopol-TV einzuführen.

Diese beiden für dänische Verhältnisse "historischen Ereignisse" geschahen an ein und demselben Tag nach einer lebhaften Folketingsdebatte, die die Gemüter in Wallung brachte.

"Radio Mercur"

Ohne Rücksicht auf die dänische Rundfunkgesetzgebung unterhält seit drei Jahren eine private Rundfunkgesellschaft - der sogenannte Piratensender - die dänischen Hörer mit leichten Unterhaltungsprogrammen, die durch Werbungen finanziert werden und der Gesellschaft einen schönen Gewinn einbringen. Drei Jahre haben die dänischen Gesetzgeber sich mit diesem Zustand abgefunden, obwohl "Radio Mercur" - so nennt sich der Piratensender - ungesetzlich eine Ultrakurzwellen benutzt und sich schon dadurch strafbar machte. Aber erstens "schwimmt" der Piratensender im internationalen Fahrwasser im Öresund unter der Flagge eines südamerikanischen Staates (Honduras) - und zweitens sind die Piratensendungen überaus beliebt. Versuche der dänischen Behörden, einzugreifen, wurden vom jazzbegeisterten dänischen Hörerpublikum mit Empörung abgelehnt.

Der Wendepunkt kam mit der Nordischen Ratstagung in Helsinki vor zwei Monaten als eine Gesetzesvorlage zum Verbot sämtlicher in Skandinavien tätigen Piratensender (auch vor den schwedischen und norwegischen Küsten gibt es welche). Als erste hat nun die dänische Regierung die Initiative ergriffen. Da "Radio Mercur" die nationalen und internationalen Rundfunkgesetze verletzt habe, soll es verboten werden, durch Werbungen den Piratensender zu unterstützen. Auch soll es untersagt sein, sich als Lohnempfänger bei den Programmgestaltungen, die am Lande in Kopenhagen-Gentofte produziert werden, zu betätigen.

Heftiger Protest der "Betroffenen"

Ein Geschrei der Entrüstung war die Reaktion von Zehntausenden von Piratensender-Hörern, von 43 dänischen Werbefirmen und von den Gesellschaften und Firmen, die durch "Radio Mercur" ihre Annoncen ausstrahlen lassen. Ergebnis vorläufig gleich Kull: mit den Stimmen der beiden Regierungsparteien und der sozialistischen Volkspartei wurde der Gesetzentwurf an den Ausschuss überwiesen.

Gleichzeitig aber wurde auf Drängen der Oppositionsparteien (und gestützt von mehreren unerschrockenen Politikern innerhalb des Regierungslagers) ein zweiter Ausschuss gebildet, der sich damit befassen soll, ob 1. statt des illegalen "Radio Mercur" eine von öffentlicher Hand kontrollierte, kommerzielle Rundfunkgesellschaft zugelassen werden soll und 2. ob Werbungen im dänischen Fernsehen gestattet werden dürfen.

Vor der Entscheidung

Auch das Letztere geht auf energische Aufforderungen der Wirtschaft und vieler Politiker, sowie eines Teiles der Presse zurück. Die Ursache liegt direkt in Hamburg und Flensburg: Über die norddeutsche Fernsehanstalt, die im südlichen Jütland, Lolland-Falster und Fünen gesehen wird, haben die Werbesendungen auch in Dänemark gewisse Wirkungen. Wenn "Radio Mercur" verboten wird, muss damit gerechnet werden, dass leistungsfähige dänische Firmen im norddeutschen Fernsehen ihre Waren feilbieten. Also kann das dänische Fernsehen selbst die Konkurrenz aufnehmen und zugleich 50 Millionen Kronen jährlich an Werbeeinkommen in den Haushalt stecken. Der Kultusminister Julius Bomholt (schon Pop-Julle genannt) hat sich in der Presse dafür ausgesprochen, will aber den Staat allein als Vergeber der Werbestunden und Nutzniesser auftreten lassen.

Noch ist "Radio Mercur" nicht verloren, aber seine Stimme ruft verzweifelt nach moralischer Unterstützung, und ein spontan neugegründeter "Verein der freien Rundfunkhörer" ist zu Hilfe geeilt.

In einer spannungsgeladenen Atmosphäre wartet die dänische Nation auf die Ergebnisse der Untersuchungen der genannten zwei Parlamentsausschüsse.

+ + +

Das Fallbeil

Von H.G. Ritzel, MdB

Mitglied des Haushaltsausschusses

Der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages erhielt anlässlich seiner Vorberatung der Plenarentscheidung über den Entwurf des Haushalts 1962 von allen Seiten Lob und Anerkennung. Diese Anerkennung, die aus Kreisen der Steuerzahler, des Parlaments und der Bundesregierung laut wurde, war verdient, denn der Ausschuß hat sich in der Tat in harter, auf die Nerven seiner Mitglieder keine Rücksicht nehmenden Arbeit ehrlich bemüht, den Haushalt nach der Einnahme- und Ausgabeseite zu durchforsten und nach Möglichkeit zu kürzen. Es ist bekannt, daß dabei Ergebnisse zum Teil nur durch Mehrheitsentscheidungen und nach Kampfabstimmungen erzielt werden konnten. Die Ursache dieser Meinungsdivergenzen bestand in der grundsätzlich anderen Auffassung über den Inhalt des Haushalts zwischen Regierungsparteien und Opposition.

Von wenigen Ausnahmen abgesehen, erfolgten solche Entscheidungen im Haushaltsausschuß auf Grund der Würdigung der gegenseitig vorgebrachten Argumente. Anders war es im Bundestag selbst. Dort wurde man an die Seiten der Massenkinrichtungen erinnert, nur galten sie nicht Individuen, sondern Ideen. Das Fallbeil wurde in Bewegung gesetzt und diese Aktivität des deutschen Parlaments war im Einzel- und im Gesamtergebnis alles andere als erfreulich. Es ist wirklich nicht damit getan, radikal oder gar stur zu kürzen, erforderlich ist verantwortungsbewusstes Handeln, denn in jedem Fall werden lebenswichtige Interessen berührt. Es war eine Ausnahme, wenn sich die Regierungsparteien im Plenum überhaupt dazu bequerten, zu einem sozialdemokratischen Antrag Stellung zu beziehen. **D i e s e Methode ist schlecht!**

Beim Haushalt des Bundesministeriums des Innern haben die Sozialdemokraten die Streichung von 15 Millionen DM beantragt, die als Sondermittel für die Aufgaben der Parteien nach dem Wunsch der Regierungsparteien in den Haushalt eingesetzt waren. Der sozialdemokratische Antrag wurde nach kurzer Debatte abgelehnt.

Der Ablehnung verfielen ferner:

Die Erhöhung der Bundesleistungen für Sport und Leibesübungen von 2,7 Mio DM um 300 000 DM auf 3 Mio DM;

86 Millionen DM mehr für die allgemeine und langfristige Förderung der Wissenschaft zu genehmigen;

für die Spitzenfinanzierung des Baues von Turn- und Sporthallen statt 3 Mio 4 Mio DM zu gewähren;

die Anträge zugunsten der Studentenförderung, zugunsten des Deutschen Ausschusses für Erziehungs- und Bildungswesen und zugunsten überregionaler Maßnahmen und Bildungseinrichtungen;

die großen Mittel des Verfassungsschutzes einer parlamentarischen Kontrolle zu unterziehen;

den Ansatz für den Bundesluftschutzverband um 500 000 DM zu erhöhen;

die Erweiterung der Zweckbestimmung bei Gewährung von Darlehen für Krankenanstalten. (Die Sozialdemokraten wollten auch kommunale Krankenanstalten und Knappschaftskrankenhäuser berücksichtigt wissen);

die Bereitstellung von einer Million DM zur Durchführung unabhängiger Warenprüfungen;

die Bereitstellung größerer Mittel für die Aufstockung und Aus-siedlung landwirtschaftlicher Betriebe;

bessere Finanzierung des Siedlungsprogrammes 1962;

Verstärkung der Mittel für die deutschen Kriegsoptioner um 160 Millionen DM;

Bereitstellung von 400 Mio DM aus den Erträgen der Mineralölsteuer zur Verbesserung des Straßenbaus.

Streichungsanträge im Bereich des Bundesministeriums für Verteidigung, die die Sozialdemokraten stellten, bei Titeln, die ohne Berücksichtigung des Aufbaus der Verteidigung und ohne Nachteile für die Soldaten kürzbar gewesen wären und wo 120 Mio DM mindestens hätten eingespart werden können, wurden rücksichtslos abgelehnt.

Das Verlangen der Sozialdemokraten, darauf zu verzichten, in fast jedem Bundesministerium kleinere oder größere Propagandaabteilungen zu errichten, so im Bereich des Bundeswohnungsbauministeriums, wurden abgelehnt. Abgelehnt wurde bei diesem Ministerium auch das Verlangen auf Bereitstellung erhöhter Mittel zur Förderung der Wohnungsbeschaffung für Jungverheiratete und der Bereitstellung von Mitteln zur Förderung des Baues von Alterswohnheimen.

Der Ablehnung verfielen sozialdemokratische Anträge zur Förderung der Isotopentechnik und Kernchemie, auf Modernisierung und Erweiterung wissenschaftlicher Institute und Einrichtungen und auf Kürzung eines Beitrages an die Europäische Organisation für die Entwicklung und den Bau von Satellitenträgern. Nicht zuletzt fielen auch sozialdemokratische Anträge im Bereich der zivilen Notstandsplanung dem Fallbeil zum Opfer.

Verantwortungsbewußt waren die Sozialdemokraten bemüht, Ausgleichsmöglichkeiten ohne Erhöhung der Gesamtausgaben im Rahmen des Etats zu schaffen. Sie schlugen die Streichung mehrerer Ministerien vor. Sie wiesen auf Deckungsmöglichkeiten hin, die sich aus ihren zum Teil oben erwähnten Streichungsanträgen ergaben. Sie wiesen weitere Ausgleichsmöglichkeiten nach - alles umsonst!

Die Koalition hatte ihre widerstrebenden Teile mühselig auf sture Ablehnung aller sozialdemokratischen Anträge festgelegt. Die Regierungsparteien bewiesen nicht nur Fraktionsdisziplin, sondern Zweckbindungen zur Erhaltung ihrer Mehrheit. Mit parlamentarischen Auseinandersetzungen haben Entscheidungen, die mit dem Fallbeil der Koalitionsabrede und ohne Würdigung der vorgetragenen Argumente gefällt werden, nichts mehr zu tun.